

turbine

Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 06

Dezember 2005

Jahrgang 34

Tarifrunde 2006

Deutschland - Schlusslicht Europas

In der Tarifrunde 2006 gibt es viel nachzuholen

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Niedrige Löhne und Gehälter, sowie immer längere Arbeitszeiten, sind kein Allheilmittel für mehr Beschäftigung. Der Beweis liegt mindestens seit den

Jahren der Rosarot/Olivgrünen Vergangenheitsregierung auf der Hand. Die neue neoliberale Koalition von Rosarot/Schwarz ist keine Alternative für mehr Beschäftigung und für die Verbesserung der Massenkaukraft. Ihr Koalitionsvertrag mit der Überschrift: Weiter so wie in der Vergangenheit ist kein Hoffnungsschimmer für die Zukunft. Auch Platzeck, der neue SPD-Vormann, wird trotz seiner emotionalen Parteitagsrede zu seiner Wahl nichts tun können. Seine Ankündigung mit dem begonnenen Sozialkahltschlag à la Schröder fortzufahren, wird ihn scheitern lassen

VOITH in bester Verfassung

Auch wenn es bei VOITH, heute und für die nächsten Jahre, richtig rund läuft, auch VOITHianer haben Reallohnverluste einstecken müssen. Es gilt also für die Arbeiter und Angestellten bei VOITH

und anderswo viel nachzuholen.

„Stark in der Fläche - aktiv im Betrieb“

Mit dieser Konferenzlösung stimmte



die IG Metall im Oktober'05 ihre Mitglieder in den Betrieben für die Tarifrunde 2006 ein. Mit der sog. „Pforzheimer Bestimmung“ kann seit 2004 durch Vereinbarung mit der IG Metall vom Flächentarifvertrag abgewichen werden, wenn dadurch Arbeitsplätze gesichert werden. Diese Regelung ist bereits seit ihrer Geburt außerordentlich umstritten. Sie geht davon aus, dass Lohn-/Gehaltsverzicht und Arbeitszeitverlängerung Arbeitsplätze sichern könnte. Diese verhängnisvolle Regelung ist zu Hauf von den Unternehmern gegen ihre Betriebs-

räte erpresserisch missbraucht worden. Mit dieser unsinnigen Regelung ist der IG Metall in den Betrieben viel an Konflikt-, Tariffähigkeit und Durchsetzungskraft verloren gegangen. Die Mitte der 90er Jahre von der IG Metall eingeschlagene Tarifpolitik, Produktivitätsfortschritte zur Arbeitsplatzsicherung zu verwenden, war Unsinn, denn diese Politik hat mehr Arbeitsplätze vernichtet als geschaffen. Produktivitätsfortschritte gehören in die Lohntüte. Basta! Das stärkt die Kaufkraft, fördert die Inlandsnachfrage, sichert und schafft Arbeitsplätze.

Entwicklung der Reallöhne 1995 - 2004 in der EU (Auszug)

Schweden +25,4%; Großbritannien +25,2%; Irland +19,4%; Portugal +17,8%; Niederlande +11,9%; Luxemburg +10,1%; Finnland +9,3%; Frankreich +8,4%;

Bundesrepublik Deutschland -0,9%

Quelle: Eurostat 2005

„Aktiv für Tarif“

Das ist die Losung für die Tarifaussensetzung 2006. Jörg Hoffmann, IG Metall Ba.-Wü. setzt auf kampffähige und kampferfahrene Betriebe. VOITH ist

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

dabei. An den vollen Auftragsbüchern und den Rekordergebnissen kommt niemand vorbei. Aktiv für Tarif bedeutet, sich von den Fehlern der 90er Jahre zu lösen. Die unvergessene klassische Lohnformel, dass eine prognostizierte Preis- oder Inflationsrate plus der Produktivitätsrate und einem sog. Umverteilungsfaktor zur Lohn-/Gehaltsforderung führen müssen, ist 2006 zugrunde zu legen.

Die neue Bundesregierung macht am sozialen Kahlschlag weiter.

Mit dem Wegfall der Eigenheimzulage, der Verschlechterung der Pendlerpauschale und der Erhöhung der Mehrwertsteuer wird den Beschäftigten erneut in die Tasche gegriffen. Dies richtet sich erneut gegen die Verbesserung der Reallöhne und schwächt die Massenkaukraft. Auch diese Faktoren dürfen bei einer aktiven Tarifpolitik nicht vergessen werden.

Der zum Jahresende vom Arbeitgeberverband Südwestmetall gekündigte Lohnrahmentarifvertrag II hat eine Nachwir-

kung. Er bleibt in Kraft, bis ein neuer Tarifvertrag vereinbart ist. Es ist daher möglich, sich ganz konzentriert auf den Kampf für eine kräftige Lohn- und Gehaltserhöhung einzustellen.

Eine kräftige Lohnerhöhung, eine nackte Lohnforderung ohne Beiwert, kann am ehesten die Reallohnverluste der vergangenen Jahre kompensieren. Am 28. März 2006 endet die Friedenspflicht. Stellen wir uns darauf ein.



Die Wahlalternative - Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG)

hat für den Wahlkreis Heidenheim in ihrer Mitgliederversammlung beschlossen und entschieden, unseren Kollegen und DKP Stadtrat Reinhard Püschel für die Wahl zum Landtag von Baden-Württemberg zu nominieren.

Jetzt gilt es, in den nächsten Wochen mindestens 150 Unterstützungsunterschriften von wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkreis zu sammeln.

Unterstütze uns mit Deiner Unterschrift:



**VOITH-Flaggschiff steigert Umsatz GJ 03/04 auf 3 266 Mio. Euro
Jahresüberschuss GJ 02/03 von 82 auf 92 Mio. Euro in 03/04**

Dr. Kormann: „Man hat nicht nur ein passables, sondern auch ein ausgesprochen gutes Geschäftsjahr hinter sich“.

Wieviel den Vorständen - wieviel den Aufsichtsräten?

Vorstände erhielten zus. 4 Mio. Vorjahr 5,1 Mio Euro

Aufsichtsräte zus. 269 Tsd. Vorjahr 244 Tsd. Euro

Auszahlungen an Aktionäre 13,2 Mio.

u. an Minderheitengesellschafter 3,9 Mio. Euro



Kommunalpolitik

Was passiert?

Stadtwerke Heidenheim und die Gaspreise

Gläserne Taschen: Preiskalkulation durch Sachverständige der Bürger prüfen lassen.



DKP Stadtrat
Reinhard Püschel

Protest und Widerstand nicht nur in Heidenheim.

An verschiedenen Orten in der BRD stand der Protest der Verbraucher den Gaslieferanten im Weg.

Die gemeinsam von OB Ilg und dem Stadtwerkevorstand Brünner gesungenen Entschuldigungen, dass es halt so sei, dass sich Aktiengesellschaften nicht in die Karten gucken lassen müssen, das ist vorbei. Die von den Gas-

lieferanten einseitig festgesetzten Verbraucherpreise müssen den Verbrauchern nach § 315 BGB einer Billigkeitskontrolle unterzogen werden. Der Verbraucherpreis muss im konkreten Fall angemessen, sachlich begründet und persönlich zumutbar sein.

Die Stadtwerke Heidenheim AG, zu 100 Prozent im Besitz der Stadt Heidenheim, OB Ilg als Vorsitzender und die Gemeinderäte als Interessenvertreter der Bürgerinnen und Bürger

sind gehalten, die Offenlegung der Gaspreiskalkulation vorzubereiten.

Die Zeit, dass Preiserhöhungen für Gas mit den Preiserhöhungen von Öl begründet werden, muss endlich und endgültig vorbei sein. Was wäre das für eine Preispolitik, wenn die Preise für Äpfel vom Bodensee an die Preisen der Kochtöpfe von WMF aus Geislingen gebunden wären.

Die Gaspreise müssen im Januar 2006 reduziert werden.



Sind die Kampfbedingungen der Gewerkschaften erschwert?

Mit den Tarifikämpfen der IG Metall muss 2006 eine Antwort gegeben werden

Es darf auf keinen Fall der Eindruck erweckt werden, dass erfolgreiche Tarifikämpfe nur von richtigen Analysen, der richtigen Strategie und Taktik und dem Willen der Funktionäre und Mitglieder abhängen. Viele auch äußere Einflüsse müssen heute weit mehr wie in den Arbeitskämpfen der letzten Jahrzehnte abgewehrt werden.

- ☆ So hat die Erpressbarkeit von Belegschaften durch internationale Produktions-, Entwicklungs-, Planungs- und Konstruktionsnetzwerke zugenommen.
- ☆ Die Arbeitslosigkeit in anderen Ländern liegt meist höher wie in der BRD.
- ☆ Die Konkurrenz unter den Beschäftigten wächst, weil sich der Arbeitsmarkt in den letzten Jahren gewaltig ver-

- ☆ größert hat und die Produktivität schneller steigt als die Produktion in den Betrieben.
- ☆ Und die Ideologie der Un-



- ☆ ternehmer, den Beschäftigten vor Ort weis zu machen, dass durch eigenen Verzicht an Löhnen und

- ☆ Gehältern der Arbeitsplatz zu retten sei.

Solche Einflüsse auf das Bewusstsein der Beschäftigten in den Streikbetrieben müssen seitens der Gewerkschaften unbedingt und mit großer Energie ausgeräumt werden.

Es muss zunehmend gelingen grenzüberschreitende Widerstandsaktionen zu organisieren. Es ist wichtig, das Bewusstsein, dass der Produktivitätsfortschritt in die Lohntüte gehört, dass Arbeitszeitverkürzung und nicht Arbeitszeitverlängerung Arbeitsplätze sichert und schafft, gestärkt werden. Tarifikämpfe sind Klassenkämpfe, deshalb ist es wichtig und richtig die Tarifauseinandersetzung gegen den sozialwidrigen Neoliberalismus zu politisieren.



Betriebsratswahlen 2006

Neben den Landtagswahlen und der Tarifauseinandersetzung finden 2006 auch die Betriebsratswahlen statt.

Bei den Wahlentscheidungen im Land und im Betrieb sowie bei dem Tarifikampf geht es um die Interessen der arbeitenden Menschen.

So wie im Land die WASG unsere Unterstützung braucht, so wie es zur Lebensfrage wird, im Tarifikampf eine kräftigen Realloohnerhöhung durchzusetzen, so geht es bei den Betriebsratswahlen um eine Interessenvertretung, die sich mit den Zielen der WASG und nicht mit dem Koalitionsvertrag identifizieren. Betriebsräte müssen sich kompromisslos und eindeutig von den Grundsätzen der Paragraphen 75 BetrVG und 80 BetrVG leiten lassen und diesen Paragraphen verpflichtet sein.

VOITH ist ein in mehreren Sparten aufgespalteter Betrieb. Diese Aufspaltung hat sich nur nachteilig auf die betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung ausgewirkt. Die Einheit der einzelnen Geschäftsführungen widerspiegelt sich in der VOITH AG

Einheitliches Handeln also ist in der Interessenvertretung, will man im Sinne der Beschäftigten handeln, eines der wichtigsten Grundlagen für die betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung.

Die Aufstellung der Wahlvorschläge zur Betriebsratswahl 2006 muss eine breite von den Belegschaften getragene Zustimmung erfahren. Das System der Vorwahlen, der Platzierung der Wahlvorschläge durch die Beschäftigten selbst, ist ein Verfahren, das ein Höchstmaß an demokratischen Grundsätzen erkennen lässt. Die Vertrauensleute der IG Metall haben zur Wahlvorbereitung eine verantwortungsvolle Aufgabe.

Schönfärberei bei Lehrstellen

Die Landesregierung hat den "Ausbildungspakt" erneut als Erfolg gewertet. Dabei haben, nach Angaben des DGB, von 90.000 Bewerbern nicht einmal die Hälfte eine Lehrstelle bekommen. Die Schönfärber der Landesregierung lassen einfach alle, die in Warteschleifen wie das Berufsvorbereitungsjahr abgedrängt wurden, aus der Statistik raus fallen und tricksen so die Zahl der fehlenden Stellen klein. Ein Skandal ist es auch, dass sich mehr als die Hälfte der Betriebe mit Ausbildungsberechtigung vor ihrer Verantwortung drücken und keine Azubis einstellen. DaimlerChrysler hat inzwischen die Streichung von 20 Prozent aller Ausbildungsplätze im Konzern angekündigt. Dagegen gab es an allen Konzernstandorten Protestaktionen. Die Pläne des Stuttgarter Konzerns würden allein in Sindelfingen und Untertürkheim zur Vernichtung von 150 Ausbildungsplätzen führen.



Wir lassen uns nicht länger einseifen



Sozial is' muss!

Bloßgestellt

BERLIN/NEW YORK/BAGDAD (Eigener Bericht) - Der neue deutsche Außenminister Steinmeier (SPD) ist für die Weitergabe falscher Geheimdienstinformationen im Vorfeld des Irak-Krieges verantwortlich und steht im Verdacht der Begünstigung des Angriffs auf Bagdad. Dies geht aus Hinweisen mehrerer Mitarbeiter der deutschen Auslandsspionage (BND) hervor, die von der "Los Angeles Times" zitiert werden. Demnach stellte der BND seiner US-Partnerorganisation wahrheitswidrige Nachrichten über irakische Massenvernichtungswaffen zur Verfügung, mit denen die Weltöffentlichkeit im Frühjahr 2003 getäuscht wurde. Zu diesem Zeitpunkt war Frank-Walter Steinmeier Regierungsbeauftragter für die Nachrichtendienste der Bundesrepublik und ließ sich wöchentlich über die Aktivitäten des BND berichten. Wie deutsche Geheimdienstkreise gegenüber dieser Redaktion bestätigen, ist die Weitergabe des erfundenen Irak-Materials ohne Wissen des damaligen Chefs im Bundeskanzleramt undenkbar. Steinmeier rühmt sich, es sei in seiner Geheimdienstzeit gelungen, die "sicherheitspolitischen Aktivitäten der Bundesregierung mit dem Wissen des Dienstes (des BND, d. Red.) zu verzahnen". Frank-Walter Steinmeier ist jetzt deutscher Außenminister.

Quelle:german-foreign-policy

Große Koalition setzt Hetze gegen Arbeitslose fort

Im Koalitionsvertrag von Tiefschwarz und Scheinrot wird die Hetze gegen Arbeitslose, wie sie Ex-Minister Clement betrieben hat, nahtlos fortgesetzt. Ganze Passagen scheinen von den Ministerialbürokraten aus Clements Haus geschrieben worden zu sein. Arbeitslose werden dort vor allem als Abzocker betrachtet. "CDU, CSU und SPD haben sich darauf verständigt", heißt es dort, "eine gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, dass Leistungsempfänger zur Teilnahme an einer Telefonabfrage verpflichtet werden, in der die aktuellen Lebenssituationen überprüft werden." Damit wird die rechtswidrige Schnüffelpraxis der Arbeitsagenturen künftig legalisiert. Außerdem soll die Einrichtung eines "Außendienstes" geprüft werden, der Arbeitslose ausforschen soll. Um Arbeitslose weiter einzuschüchtern, wird mit Mitteln der Rasterfahndung gegen angeblichen Leistungsmissbrauch vorgegangen. Arbeitslose werden damit wie Kriminelle behandelt. Arbeitslose, die einen Antrag auf Arbeitslosengeld II stellen, sollen künftig sofort in irgendeinen Job gesteckt werden, um ihre "Arbeitswilligkeit" zu testen. Die Sankti-

Neuer Vasall

BELGRAD/PRISTINA/BERLIN (Eigener Bericht) - Kurz vor dem Beginn der Verhandlungen über die Abtrennung des Kosovo von Serbien fördert die Bundesregierung den Kosovo mit Wirtschaftshilfen. Die Unterstützung des Sezessionsgebiets wurde in einem Memorandum bei der UN-Verwaltung in Pristina hinterlegt und beinhaltet deutsche Finanzleistungen in Höhe von 22,5 Millionen Euro. Damit setzen die Berliner Unterstützungszahlungen fort, die sich seit dem Überfall auf Jugoslawien im Jahr 1999 auf insgesamt 150 Millionen Euro belaufen. Die Loslösung des Kosovo aus dem serbischen Territorium, die als Ziel der Anfang November beginnenden Verhandlungen gilt, wird seit Jahren von Berlin und von in den Kosovo entsandten deutschen UN-Mandatsträgern vorangetrieben. Auch die Forderung, den Kosovo mit Albanien und Teilen Mazedoniens zu "Groß-Albanien" zusammenzuschließen, kann sich auf zustimmende Äußerungen deutscher Außenpolitiker stützen. Großalbanische Nationalisten schließen sich gegenwärtig in mehreren Staaten zu paramilitärischen Verbänden zusammen und gehen zum bewaffneten Kampf für ihr Anliegen über.

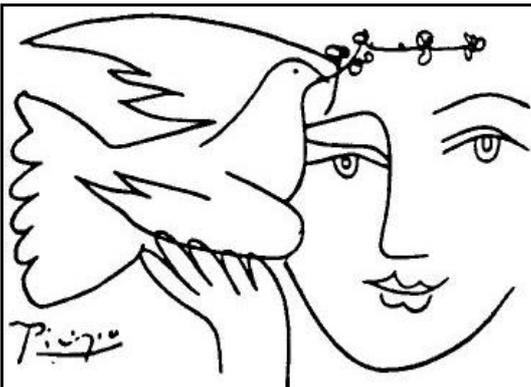
Quelle:german-foreign-policy

Expeditionen

BERLIN (Eigener Bericht) - Der Verteidigungsausschuß des letzte amtierenden Bundestages hat noch kurz vor dem Ende seiner Amtszeit die Anschaffung von Marschflugkörpern für den Marinebeschuss auf die Küstenterritorien fremder Staaten bewilligt. Die Angriffswaffen sollen von hochseetüchtigen Korvetten abgefeuert werden, die "für den Einsatz in entfernten Randmeeren" konzipiert sind. Den entsprechenden Ausgaben in mehrfacher Millio-nenhöhe hat der Haushaltsausschuß des Berliner Parlaments Ende September in einer Sondersitzung zugestimmt. In den kommenden Tagen nimmt die deutsche Marine U-Boote einer neuen Kampfklasse in Betrieb und verstärkt die Kampffähigkeit deutscher Marinekräfte kontinuierlich.

Quelle:german-foreign-policy

onsregelungen gegen Leistungsempfänger sollen noch flexibler gestaltet werden, um ihre Anwendung zu erleichtern. Die Folterinstrumente gegen Arbeitslose werden also weiter vervollkommen. Nur von der Schaffung von Arbeitsplätzen ist nichts zu hören und zu sehen. Die Bekämpfung der Arbeitslosen ist das Ziel dieser Regierung, nicht die Beseitigung der Arbeitslosigkeit.



Frieden

Solidarität

Kraft und Mut

für eine bessere Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung mit den Belegschaften, die um ihre Arbeitsplätze kämpfen um den Widerstand gegen Kapital und Kabinett und gegen Neofaschismus zu stärken

Das wünscht Euch zum Jahreswechsel für das Jahr 2006 die DKP Heidenheim.